

**Satzung
für die Benutzung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung
des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Apfelstädt-Ohra
(Entwässerungssatzung - EWS)**

**§ 1
Öffentliche Einrichtung**

- (1) Der Zweckverband betreibt zur Abwasserbeseitigung eine öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Entwässerungseinrichtung umfasst die leitungsgebundene Entwässerungsanlage und die Fäkalschlamm Entsorgung. Art und Umfang der Entwässerungseinrichtung bestimmt der Zweckverband.
- (3) Zur Entwässerungsanlage des Zweckverbandes gehören auch die Grundstücksanschlüsse (Anschlusskanäle), soweit sie sich im öffentlichen Straßengrund befinden.
- (4) Jegliche Eingriffe in die öffentliche Einrichtung ohne Genehmigung des Zweckverbandes oder seiner Beauftragten sind untersagt.

**§ 2
Grundstücksbegriff - Grundstückseigentümer**

- (1) Grundstücke im Sinne dieser Satzung sind abgegrenzte Teile der Erdoberfläche, die im Bestandsverzeichnis eines Grundbuchblattes unter einer besonderen Nummer eingetragen sind. Mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken im Sinne des Grundbuchrechts stellen ein Grundstück im Sinne dieser Satzung dar, wenn sie wegen verbindlicher planerischer Feststellung oder tatsächlicher Geländeverhältnisse nur in dieser Form baulich oder gewerblich nutzbar sind, diese Grundstücke oder Grundstücksteile aneinander angrenzen und die Eigentumsverhältnisse insoweit identisch sind.
- (2) Die Vorschriften dieser Satzungen für die Grundstückseigentümer gelten auch für Erbbauberechtigte oder ähnlich zur Nutzung eines Grundstückes dinglich Berechtigte. Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.
- (3) § 2 (3) Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) bleibt unberührt.

§ 3 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

Abwasser	ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser (Niederschlagswasser). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.
Abwasseranlagen	sind sämtliche öffentlichen Entwässerungsanlagen, die in Rechtsträgerschaft des Zweckverbandes stehen, z. B. Kanäle, Sammler, Leitungen, Grundstücksanschlüsse, Sonderbauwerke, Rückhalteanlagen, Abwasserförderanlagen, Kläranlagen ...
Kanäle	sind offene und geschlossene Gerinne oder Rohrleitungen, in denen Abwasser aufgenommen und abgeleitet wird. Dies sind Mischwasserkanäle, Schmutzwasserkanäle oder Regenwasserkanäle, einschließlich der Schächte und Sonderbauwerke, wie z.B. Regenrückhaltebecken, Pumpenwerke, Regenüberläufe.
Schmutzwasserkanäle	dienen ausschließlich der Aufnahme und Ableitung von Schmutzwasser.
Mischwasserkanäle	sind zur Aufnahme und Ableitung von Niederschlags- und Schmutzwasser bestimmt.
Regenwasserkanäle	dienen ausschließlich der Aufnahme und Ableitung von Niederschlagswasser, im Einzelfall auch von Fremdwasser.
Vakuumleitung	ist eine unter Unterdruck stehende Transportleitung bzw. Anschlussleitung, über die die Förderung des von der pneumatisch unterstützten Fördereinrichtung angesaugten Abwassers erfolgt.
Unterdruckentwässerungssystem	ist die pneumatisch unterstützte Förderung von Schmutzwasser, welches nicht der Ableitung von Regen- und Schmutzwasser dient; es besteht aus Unterdruckleitung bzw. verzweigtem Unterdruckleitungsnetz einschl. Grundstücksanschlussleitung und Hausanschlusschacht mit integriertem Sammelraum, Absaugventil sowie Unterdruckerzeuger (Unterdruckstation) am Ende der Fließrichtung.
Sammelkläranlagen	sind Anlagen zur Reinigung des in den Kanälen gesammelten Abwassers, einschließlich der Ableitung zum Gewässer.
Fäkalschlamm	ist die Mischung des gesamten Grubeninhaltes, bestehend aus Bodenschlamm, Schwimmschlamm und Abwasser, der in der

Grundstückskläranlage zurückgehalten wird und im Rahmen der öffentlichen Entsorgung in Abwasseranlagen eingeleitet oder eingebracht wird.

Klärschlamm	ist der bei der Behandlung von Abwasser in Abwasserbehandlungsanlagen einschließlich zugehöriger Anlagen zur weitergehenden Abwasserreinigung anfallende Schlamm, auch entwässert oder getrocknet oder in sonstiger Form behandelt.
Grundstücksanschlüsse (Anschlusskanäle)	sind die Leitungen vom Kanal, von der Druckleitung bis zur Grundstücksgrenze bzw. zum Hausanschlusschacht als Übergabestelle.
Grundstücksentwässerungsanlagen	sind die Gesamtheit der baulichen Anlagen zur Sammlung, Rückhaltung, Ableitung, Beseitigung und Behandlung (z. B. Grundstückskläranlagen, Fettabscheider) von Abwasser im Gebäude und auf Grundstücken einschließlich Kontrollschächte, Revisionsschächte, Revisionsöffnungen bis zur öffentlichen Abwasseranlage bzw. Grundstücksanschlussleitung als Rechtsträgerschaftsgrenze (Übergabestelle); dazu zählen auch Druckentwässerungsanlagen, Abwasserhebeanlagen, Rückstausicherungsanlagen.
Grundstückskläranlagen	sind Anlagen eines Grundstückes zur Behandlung von Abwasser. Gruben zur Sammlung des Abwassers sind den Grundstückskläranlagen gleichgestellt.
Kleinkläranlagen	sind Anlagen zur Behandlung häuslichen Abwassers, die für einen täglichen Abwasseranfall von nicht mehr als 8 m ³ und nicht mehr als 50 Einwohnerwerten bemessen sind (§ 2 Nr. 10 ThürWG).
Direkte Einleiter	sind diejenigen Grundstückseigentümer, die das behandelte Abwasser aus Kleinkläranlagen entweder unmittelbar in ein oberirdisches Gewässer oder durch Versickerung in das Grundwasser einleiten.
Indirekte Einleiter	sind diejenigen Grundstückseigentümer, die das behandelte Abwasser aus Kleinkläranlagen in die öffentliche Kanalisation einleiten.
Fremdwasser	sind Einleitungen aus diffusen Quellen, die den Entwässerungsanlagen fern zu halten sind (Dränagewasser/Grundwasser/Wasserhaltungen/Hausdrainagen).
Fachbetriebe i.S.d. ThürKKAVO	sind Wartungsbetriebe, die über ein gültiges Zertifikat der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) nach dem Zertifizierungssystem zur Gütesicherung der Wartung von Kleinkläranlagen verfügen und in deren Zertifizierungsverzeichnis veröffentlicht sind (2 Abs. 4 ThürKKAVO).

§ 4

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Grundstückseigentümer kann verlangen, dass sein Grundstück, das durch einen Kanal erschlossen ist, nach Maßgabe dieser Satzung an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen wird. Er ist berechtigt, nach Maßgabe der §§ 9, 14 bis 17 alles Abwasser in die öffentliche Entwässerungsanlage einzuleiten. Welche Grundstücke durch einen Kanal erschlossen werden, bestimmt der Zweckverband. Der Grundstückseigentümer kann unbeschadet weitergehender bundes- und landesgesetzlicher Vorschriften nicht verlangen, dass Kanäle hergestellt oder bestehende geändert werden.
- (2) Grundstückseigentümer, auf deren Grundstück das dort anfallende Abwasser nicht in eine Entwässerungsanlage mit Sammelkläranlage eingeleitet werden kann, sind zur Benutzung der öffentlichen Fäkalschlammmentsorgungseinrichtung berechtigt.
- (3) Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht,
 1. wenn das Abwasser wegen seiner Art oder Menge nicht ohne weiteres von der öffentlichen Entwässerungsanlage übernommen werden kann und besser von demjenigen behandelt wird, bei dem es anfällt;
 2. solange eine Übernahme oder Reinigung des Abwassers technisch oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwands nicht möglich ist;
 3. wenn die gesonderte Behandlung des Abwassers wegen der Siedlungsstruktur das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt.
 4. für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser, einschließlich Jauche und Gülle, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden; nicht zum Aufbringen bestimmt ist insbesondere das menschliche Fäkalabwasser.
- (4) Unbeschadet des (3) besteht ein Benutzungsrecht nicht, soweit eine Versickerung oder anderweitige Beseitigung von Niederschlagswasser ordnungsgemäß möglich ist. Der Zweckverband kann hiervon Ausnahmen zulassen oder bestimmen, wenn die Ableitung von Niederschlagswasser aus betriebstechnischen Gründen erforderlich ist.

§ 5

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Die zum Anschluss Berechtigten gemäß § 4 (1) sind verpflichtet, bebaute und auch unbebaute Grundstücke, wenn dort Abwasser anfällt, an die öffentliche Entwässerungsanlage anzuschließen (Anschlusszwang). Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist. Ein Grundstück gilt als bebaut, wenn auf ihm bauliche Anlagen, bei deren Benutzung Abwasser anfallen kann, dauernd oder vorübergehend vorhanden sind.
- (2) Die zur Benutzung der öffentlichen Fäkalschlammmentsorgung Berechtigten gemäß § 4 (2) sind verpflichtet, für Ihre Grundstücke die öffentliche Fäkalschlammmentsorgung zu benutzen. Zufahrt und Grundstückskläranlage sind so instand zu halten, dass jederzeit ungehindert die Abfuhr erfolgen kann.
- (3) Von Grundstücken, die an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen sind, ist im Umfang des Benutzungsrechts alles Abwasser in die öffentliche Entwässerungsanlage und bei der Fäkalschlammmentsorgung der Grundstückskläranlage zuzuführen (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle

Benutzer der Grundstücke. Sie haben auf Verlangen des Zweckverbandes die dafür erforderliche Überwachung zu dulden.

§ 6

Befreiung von Anschluss- oder Benutzungszwang

- (1) Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Benutzung wird auf Antrag ganz oder zum Teil befreit, wenn der Anschluss oder die Benutzung aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zumutbar oder sinnvoll ist. Eine Befreiung kann insbesondere für Schmutzwasser und Klärschlamm aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben oder Gärtnereibetrieben, soweit das Schmutzwasser oder der Klärschlamm in dem Betrieb, in dem sie anfallen verwertet werden, erfolgen.
Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich beim Zweckverband einzureichen.
- (2) Die Befreiung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

§ 6 a

Anschluss benachbarter Städte, Gemeinden und Zweckverbände

Der Wasser- und Abwasserzweckverband Apfelstädt-Ohra kann benachbarten Städten, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage auf der Grundlage der Bestimmungen im Wege besonderer vertraglicher Vereinbarungen gestatten.

§ 7

Sondervereinbarungen

- (1) Ist der Grundstückseigentümer nicht zum Anschluss oder zur Benutzung berechtigt oder verpflichtet, so kann der Zweckverband durch Vereinbarung ein besonderes Benutzungsverhältnis begründen.
- (2) Für dieses Benutzungsverhältnis gelten die Bestimmungen dieser Satzung und der Beitrags- und Gebührensatzung entsprechend. Soweit es sachgerecht ist, kann die Sondervereinbarung auch abweichende Regelungen treffen.
- (3) Der Zweckverband kann Vereinbarungen über die Ablösung des Beitrages vor der Entstehung der Beitragspflicht treffen. Der Betrag der Ablösung richtet sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrages. Sonstige Verpflichtungen aufgrund des ThürKAG bleiben hiervon unberührt.

§ 8

Grundstücksanschluss

- (1) Die Grundstücksanschlüsse werden vom Zweckverband bzw. beauftragten Dritten hergestellt, erneuert, geändert und unterhalten. Der Zweckverband kann, soweit die Grundstücksanschlüsse nicht nach § 1 (3) Bestandteil der Entwässerungsanlage sind, auf Antrag zulassen oder von Amts wegen anordnen, dass der Grundstückseigentümer

den Grundstücksanschluss ganz oder teilweise herstellt, erneuert, ändert und unterhält; die §§ 10 und 12 gelten entsprechend.

- (2) Der Zweckverband bestimmt Zahl, Art, Nennweite und Führung der Grundstücksanschlüsse. Er bestimmt auch, wo und an welchem Kanal anzuschließen ist. Begründete Wünsche der Grundstückseigentümer werden dabei nach Möglichkeit berücksichtigt.
- (3) Jeder Eigentümer, dessen Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen oder anzuschließen ist, muss die Verlegung von Grundstücksanschlüssen, den Einbau von Schächten, Schiebern, Messeinrichtungen und dergleichen und von Sonderbauwerken zulassen, ferner das Anbringen von Hinweisschildern dulden, soweit diese Maßnahmen für die ordnungsgemäße Beseitigung des auf seinem Grundstück anfallenden Abwassers erforderlich sind.
- (4) Der Zweckverband kann den Anschluss mehrerer Grundstücke an einen Grundstücksanschluss bzw. einen Hausanschlussschacht im Ausnahmefall zulassen, wenn eine direkte Anbindung an öffentliche Entwässerungsanlagen nicht gegeben ist (Hinterliegergrundstücke), wenn technische Gesichtspunkte dies erfordern und die beteiligten Grundstückseigentümer die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück durch Eintragung einer Baulast gesichert haben. Die öffentliche Einrichtung endet mit dem Grundstücksanschluss für das erste Grundstück, sofern keine anderweitigen Festlegungen dazu getroffen werden bzw. bestehen.
- (5) Bei Unterdruckentwässerungssystemen wird der Grundstücksanschluss mit einem Hausanschlussschacht mit integriertem Sammelraum und Absaugventil als Bestandteil der öffentlichen Entwässerungseinrichtung versehen. In der Regel wird dieser Schacht einen Meter auf das zu entwässernde Grundstück gesetzt, sofern technische oder sonstige Betriebsgründe nicht dagegen stehen. Der Zweckverband unterhält diesen Schacht. Kosten für Unterhaltung, Reinigung oder Verstopfungsbeseitigungen des Hausanschlussschachtes bzw. des Absaugventils, die durch verbotene Einleitungen nach § 15 entstehen, sind vom Grundstückseigentümer zu erstatten.

§ 9

Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) Jedes Grundstück, das an die öffentliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen wird, ist vorher vom Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen, die nach den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere nach den geltenden DIN-Vorschriften, abwassertechnischen Regeln und den Bestimmungen dieser Satzung herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten und zu ändern ist.
- (2) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind mit einer Grundstückskläranlage zu versehen, wenn das Abwasser keiner Sammelkläranlage zugeführt wird. Die Grundstückskläreinrichtung ist auf dem anzuschließenden Grundstück so zu erstellen, dass die Abfuhr des Klärschlammes und/oder des Fäkalschlammes durch Entsorgungsfahrzeuge möglich ist; sie ist Bestandteil der Grundstücksentwässerungsanlage.
- (3) Am Ende der Grundstücksentwässerungsanlage ist ein Kontrollschacht (Hausanschlussschacht) vorzusehen. Der Zweckverband kann zusätzlich zum Kontrollschacht eine Messeinrichtung verlangen. Ist die Erstellung eines Kontrollschachtes nicht möglich (Bebauungs- oder Öffentlichkeitsgrenze), ist innerhalb

des Gebäudes als Kontrollstelle eine Reinigungsöffnung in der Grundleitung vorzusehen. Zugänge zu Kontroll- und Messeinrichtungen sind ständig freizuhalten. Anschlussschächte für Unterdruckentwässerungssysteme erfüllen die Funktion des Kontrollschachtes auf dem Grundstück, falls keine abweichenden Festlegungen des Zweckverbandes aus technischen Betriebsgründen diesem entgegenstehen.

- (4) Besteht zum Kanal kein ausreichendes Gefälle oder stehen Art und Weise des Betriebes der Sammelleitung (z.B. als Stauraumkanal) einer Freigefälleentwässerung entgegen, kann der Zweckverband die Errichtung oder den Betrieb einer Abwasserhebeanlage durch den Grundstückseigentümer verlangen, wenn ohne diese Anlage eine ordnungsgemäße Beseitigung der Abwässer bei einer den Regeln der Technik entsprechenden Planung und Ausführung des Kanalsystems nicht möglich ist. Die Abwasserhebeanlage ist Bestandteil der Grundstücksentwässerungsanlage.
- (5) Der Zweckverband kann weiterhin eine Rückhaltung und/oder zeitliche Abflussverzögerung des Regenwassers auf dem Grundstück fordern, wenn die öffentlichen Entwässerungseinrichtungen diese Menge nicht aufnehmen kann, zugelassene Regenwasserableitungsmengen überschritten werden, sich Regenwassermengen durch Versiegelungen von Flächen wesentlich ändern oder baurechtliche bzw. wasserrechtliche Vorgaben dies erfordern. Dies kann mit Vorgaben der Spitzenabflussmengen vom Grundstück (in l/s), als Abflussmenge bezogen auf die Größe der versiegelten Fläche (in l/s je ha versiegelter Fläche) sowie nach sonstigen baurechtlichen Festsetzungen erfolgen.
- (6) Gegen den Rückstau des Abwassers aus dem Abwassernetz hat sich jeder Anschlussnehmer selbst zu schützen. Die Rückstauenebene ist die Straßenoberkante vor dem Grundstück an der Anschlussstelle, soweit nicht der Zweckverband nach seinem Ermessen eine andere Festlegung trifft. Bei Unterdruckentwässerungssystemen sind die Höhen der Austrittsstellen der Systeme maßgebend. Bei Grundstücken, die der Überschwemmung durch offene Gewässer ausgesetzt sind, kann der Zweckverband die Herstellung von Abläufen unter dem höchsten Wasserstand dieser Gewässer verbieten.
- (7) Arbeiten an der Grundstücksentwässerungsanlage dürfen nur durch fachlich geeignete Unternehmer ausgeführt werden. Die Funktionsfähigkeit und Dichtigkeit der Grundstücksentwässerungsanlage ist durch den Grundstückseigentümer nachzuweisen.
- (8) Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen, die der Abwasserentsorgung dienen, nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen, so hat der Grundstückseigentümer sie entsprechend auf eigene Kosten anzupassen. Der Zweckverband kann die Änderung in einer angemessenen Frist verlangen. Die Anpassung an den Stand der Technik ist durch den Grundstückseigentümer für vorhandenen Einleitungen, die in Abwasserkanäle des Zweckverbandes erfolgen, innerhalb von 5 Jahren vorzunehmen, wenn eine öffentliche Abwasserbehandlung für dessen Grundstück gemäß dem Abwasserbeseitigungskonzept nicht erfolgt und nicht vorgesehen ist. Die Frist beginnt mit der öffentlichen Bekanntmachung des Abwasserbeseitigungskonzeptes. Für diese Einleitungen ordnet der Zweckverband unverzüglich die fristgemäße Anpassung an.

§ 10

Zulassung der Grundstücksentwässerungsanlage

(1) Bevor die Grundstücksentwässerungsanlage hergestellt oder geändert wird, sind dem Zweckverband folgende Unterlagen in doppelter Ausfertigung einzureichen:

- a) Antragsformular des Zweckverbandes mit entsprechenden Angaben und Anlagen,
- b) Lageplan des zu entwässernden Grundstückes im Maßstab 1:1000,
- c) Grundriss- und Flächenpläne im Maßstab 1:100, aus denen Art und Lage der Leitungen und Schächte (einschließlich Kontrollstelle) und im Falle des § 9 (2) die Grundstückskläranlage und die befestigte Zufahrt für die Fäkalschlamm Entsorgung ersichtlich sind,
- d) Längsschnitte aller Leitungen mit Darstellung der Entwässerungsgegenstände im Maßstab 1:100, bezogen auf das aktuelle Höhensystem, aus denen insbesondere die Gelände- und Kanalsohlenhöhen, die maßgeblichen Kellersohlenhöhen, Querschnitte und Gefälle der Kanäle, Schächte und höchste Grundwasseroberfläche zu ersehen sind,
- e) wenn Gewerbe- oder Industrieabwasser oder Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich vom Haushaltsabwasser abweicht, zugeführt wird, ferner Angaben über
 - Erhebungsbogen zum Indirekteinleiterkataster
 - Zahl der Beschäftigten und der ständigen Bewohner auf dem Grundstück, wenn deren Abwasser miteingeleitet werden soll,
 - Menge und Beschaffenheit des Verarbeitungsmaterials der Erzeugnisse,
 - die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge,
 - Höchstzufluss und Beschaffenheit des zum Einleiten bestimmten Abwassers,
 - die Zeiten, in denen eingeleitet wird, die Vorbehandlung des Abwassers (z.B. Kühlung, Abscheidung, Neutralisation, Dekontaminierung) mit Bemessungsnachweisen
 - Eigentumsnachweis zum Grundstück

Soweit nötig, sind die Angaben zu ergänzen durch den wasserwirtschaftlichen Betriebsplan (Zufluss, Verbrauch, Kreislauf, Abfluss) und durch Pläne der zur Vorbehandlung beabsichtigten Einrichtungen.

Alle Unterlagen sind von den Bauherren und Planfertigern zu unterschreiben. Bei Umgang mit gefährlichen Stoffen oder der Einleitung von Abwässern i.S.d. Abwasserverordnung sind die erforderlichen Genehmigungen der zuständigen Behörden beizufügen.

f) Darüber hinaus ist bei vollbiologischen Kleinkläranlagen der Wartungsvertrag zwischen dem Betreiber der Kleinkläranlage und einem Fachbetrieb oder ein Nachweis der Befähigung zur Eigenwartung nach Maßgabe der ThürKKAVO vorzulegen.

(2) Der Zweckverband prüft, ob die beabsichtigte Grundstücksentwässerungsanlage den Bestimmungen dieser Satzung entspricht. Ist das der Fall, so erteilt der Zweckverband schriftlich seine Zustimmung und gibt eine Ausfertigung der eingereichten Unterlagen mit Zustimmungsvermerk zurück. Die Zustimmung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Andernfalls setzt der Zweckverband dem Bauherrn unter Angabe der Mängel eine angemessene Frist zur Berichtigung. Die geänderten Unterlagen sind sodann erneut einzureichen.

(3) Mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach schriftlicher Zustimmung des Zweckverbandes begonnen werden. Eine Genehmigungspflicht nach sonstigen, insbesondere nach straßen-, bau- und wasserrechtlichen Bestimmungen bleibt durch die Zustimmung unberührt.

(4) Von den Bestimmungen der (1) bis (3) kann der Zweckverband Ausnahmen zulassen.

(5) Für das Verfahren für die Zulassung der Grundstücksentwässerungsanlage nach Abs. 1 bis 3 gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes

(ThürVwVfG) über die Genehmigungsfiktion (§ 42a ThürVwVfG) und zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71a bis 71e ThürVwVfG).

§ 11

Herstellung und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) Die Grundstückseigentümer haben dem Zweckverband den Beginn des Herstellens, des Änderns, des Ausführens größerer Unterhaltungsarbeiten oder des Beseitigens 3 Tage vorher schriftlich anzuzeigen und gleichzeitig den Unternehmer zu benennen. Muss wegen Gefahr im Verzug mit den Arbeiten sofort begonnen werden, so ist der Beginn unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Der Zweckverband ist berechtigt, die Arbeiten zu überprüfen. Alle Leitungen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Zweckverbandes verdeckt werden. Andernfalls sind sie auf Anordnung des Zweckverbandes und auf Kosten des Grundstückseigentümers oder Verfügungsberechtigten freizulegen.
- (3) Die Grundstückseigentümer haben zu allen Überprüfungen Arbeitskräfte, Geräte und Werkstoffe bereitzustellen.
- (4) Festgestellte Mängel sind innerhalb einer angemessenen Frist durch die Grundstückseigentümer zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel ist dem Zweckverband zur Nachprüfung anzuzeigen.
- (5) Der Zweckverband kann verlangen, dass die Grundstücksentwässerungsanlage nur mit seiner Zustimmung in Betrieb genommen wird. Die Zustimmung wird insbesondere davon abhängig gemacht, dass seitens des vom Grundstückseigentümer beauftragten Unternehmers eine Bestätigung über die Dichtigkeit und Funktionsfähigkeit der Anlage vorgelegt wird.
- (6) Die Zustimmung nach § 10 (3) und die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage durch den Zweckverband befreien den Grundstückseigentümer, den Bauherrn, den ausführenden Unternehmer und den Planfertiger nicht von der Verantwortung für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Planung und Ausführung der Anlage.

§ 11a

Errichtung und Inbetriebnahme im Fall der Direkteinleiter

- (1) Der Zweckverband hat als Abwasserbeseitigungspflichtiger die Kleinkläranlage vor Verfüllung der Baugrube als Erstkontrolle nach § 3 ThürKKAVO darauf zu überprüfen, ob sie
 - a) den Anforderungen der wasserrechtlichen Erlaubnis und
 - b) der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung entspricht.
- (2) Im Rahmen der Erstkontrolle vor Inbetriebnahme einer Kleinkläranlage, aus der direkt eingeleitet werden soll, ist erforderlich,
 - a) die beabsichtigte Inbetriebnahme mindestens zwei Wochen vorher schriftlich dem Zweckverband anzuzeigen
 - b) folgende Unterlagen vorzulegen:

- der Nachweis des Anlagentyps unter Angabe der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung
 - die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung in ein Gewässer,
 - der Dichtigkeitsnachweis,
 - der Wartungsvertrag zwischen dem Betreiber der Kleinkläranlage und einem Fachbetrieb oder ein Nachweis der Befähigung zur Eigenwartung nach Maßgabe der ThürKKAVO sowie
 - der Grundstücksentwässerungsplan (Maßstab 1:100)
- (3) Bei Errichtung einer Kleinkläranlage, hat der Betreiber den Zweckverband nach schriftlicher Aufforderung folgende Angaben zu machen:
1. zur Erreichbarkeit (Name, Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
 2. zur Lage und zum Typ der Kleinkläranlage,
 3. zur Anzahl, der an die Kleinkläranlage angeschlossenen Einwohner,
 4. zur gegebenenfalls vorhandenen Zulassungsnummer sowie
 5. über das Vorliegen einer wasserrechtlichen Gestattung und eines Wartungsvertrags
- Der Zweckverband kann die Überlassung von Kopien der Unterlagen verlangen.
- (4) Die Absätze 1 und 3 geltend entsprechend auch für bereits vorhandene Kleinkläranlagen, deren Einleitungen an den Stand der Technik nach § 57 Abs. 1 WHG angepasst werden.

§ 12 Überwachung

- (1) Der Zweckverband ist befugt, die Grundstücksentwässerungsanlage jederzeit zu überprüfen, Abwasserproben zu entnehmen und Messungen durchzuführen. Dasselbe gilt für die Grundstücksanschlüsse und Messschächte, wenn der Zweckverband sie nicht selbst unterhält. Zu diesem Zweck sind den Beauftragten des Zweckverbandes, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, ungehindert Zugang zu allen Anlageteilen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die Grundstückseigentümer werden davon vorher möglichst verständigt; das gilt nicht für Probeentnahmen und Abwassermessungen.
- Die Überwachung/Probenahme ist insbesondere bei Gewerbe- und Industriebetrieben nach Maßgabe der Thüringer Eigenkontrollverordnung erforderlich.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die von ihm zu unterhaltende Grundstücksentwässerungsanlage in Abständen von 15 Jahren durch einen Fachbetrieb auf Bauzustand, insbesondere Dichtigkeit und Funktionsfähigkeit untersuchen und festgestellte Mängel beseitigen zu lassen. Über die durchgeführten Untersuchungen und über die Mängelbeseitigung ist dem Zweckverband eine Bestätigung des damit beauftragten Unternehmers vorzulegen. Der Zweckverband kann darüber hinaus jederzeit verlangen, dass die vom Grundstückseigentümer zu unterhaltende Anlage in einen Zustand gebracht wird, die Störungen anderer Einleiter, Beeinträchtigungen der öffentlichen Entwässerungsanlage und Gewässerverunreinigungen ausschließt. Dies gilt nicht, sofern § 12 a dieser Satzung für Kleinkläranlagen Sonderregelungen vorsieht.
- (3) Wird Gewerbe- oder Industrieabwasser oder Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich vom Hausabwasser abweicht, zugeführt, kann der Zweckverband den Einbau und den Betrieb von Überwachungseinrichtungen auf Kosten des Betroffenen verlangen.

- (4) Die Grundstückseigentümer haben Störungen und Schäden an den Grundstücksanschlüssen, Messschächten, Grundstücksentwässerungsanlagen, Überwachungseinrichtungen und etwaigen Vorbehandlungsanlagen unverzüglich dem Zweckverband anzuzeigen.
- (5) Die Verpflichtungen nach den (1) bis (4) gelten auch für die Benutzer der Grundstücke.

§ 12a
Betrieb und Wartung von Kleinkläranlagen
(Betreiberpflichten)

- (1) Der Betreiber einer Kleinkläranlage ist zur Eigenkontrolle verpflichtet. Diese richtet sich nach den Festlegungen in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung des Deutschen Institutes für Bautechnik. Existiert eine solche nicht, hat der Betreiber durch regelmäßige Sichtkontrollen festzustellen, dass die Kleinkläranlage ordnungsgemäß funktioniert, nicht offensichtlich undicht oder in sonstiger Weise baufällig ist. Die Anforderungen aus der wasserrechtlichen Erlaubnis oder aus satzungsrechtlichen Regelungen bleiben unberührt.
- (2) Der Betreiber einer Kleinkläranlage ist zur regelmäßigen Wartung der Anlage und der Anlagenteile nach den Bestimmungen der ThürKKAVO und den Vorgaben der wasserrechtlichen Erlaubnis oder der satzungsrechtlichen Regelungen verpflichtet und hat festgestellte Mängel unverzüglich zu beseitigen.
Die genannte Verpflichtung ist im Fall der unter (2) a) definierten Anlagen durch Abschluss und ordnungsgemäße Durchführung eines Wartungsvertrages mit einem Fachbetrieb im Sinne von § 3 dieser Satzung zu erfüllen. Dies gilt nicht in dem Fall, in dem durch die Untere Wasserbehörde eine Befreiung erteilt wurde (fachkundige Eigenwartung).
- a) Im Fall des Bestehens einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung richten sich Häufigkeit und Umfang der Wartung nach den jeweiligen Festlegungen in der Zulassung. Existiert eine solche nicht, ist wie folgt zu verfahren:
1. vollbiologische Kleinkläranlagen nach DIN 4261 Teil 2 oder vergleichbare Anlagen sind entsprechend der DIN 4261 Teil 4 (Juni 1984) sowie der Betriebsanleitung zu warten,
 2. Pflanzenkläranlagen sind nach den Vorgaben des Arbeitsblattes DWA-A 262 (März 2006) der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. zu warten (jährliche Wartung, bei erheblichen Mängeln halbjährlich),
 3. Abwasserteichanlagen sind einmal im Jahr zu warten; der Wartungsumfang umfasst mindestens:
 - a) die Sichtkontrolle auf Verkrautung, Bewuchs, Böschungsschäden, undichte Stellen,
 - b) die Kontrolle des Ablaufs (Kiesfilter, Tauchwand) auch auf Schlammabtrieb,
 - c) die Messung des Schlammspiegels im Teich und der Sichttiefe am Teichablauf und
 - d) die Durchführung von Stichproben des Ablaufs für die Parameter CSB, pH-Wert und absetzbare Stoffe.
- Im Übrigen gelten für Abwasserteichanlagen die Vorgaben des Arbeitsblattes DWA-A 201 (August 2005) der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.

b) Abweichend von den Regelungen in Abs. 2 a) kann die Wartung bedarfsgerecht, mindestens jedoch einmal jährlich, durchgeführt werden, falls die Kleinkläranlage über eine Einrichtung zur kontinuierlichen Messung der Ablaufparameter verfügt, mit der die Einhaltung der gesetzlichen Überwachungswerte beurteilt werden kann und die Daten dem zur Wartung beauftragten Fachbetrieb automatisch elektronisch übermittelt werden. Die Kleinkläranlage ist zu warten, wenn Messwerte das Überschreiten von 90 v. H. eines Überwachungswerts anzeigen (bedarfsgerechte Wartung).

(3) Der Betreiber einer Kleinkläranlage hat ein Betriebsbuch zu führen, welches dem Zweckverband und der Unteren Wasserbehörde auf Verlangen zur Einsichtnahme und für Eintragungen vorzulegen ist. Im Betriebsbuch sind, soweit vorhanden, folgende Unterlagen zu sammeln:

1. bei direkten Einleitern die wasserrechtliche Erlaubnis oder bei indirekten Einleitern die Zustimmung des Abwasserbeseitigungspflichtigen nach § 58 Abs. 1 und 4 ThürWG zum Anschluss an die öffentliche Kanalisation,
2. die allgemeine bauaufsichtliche Zulassung,
3. die Betriebsanleitung des Herstellers,
4. die Nachweise über die Schlammentsorgung einschließlich der entsorgten Schlammmenge,
5. die Nachweise über die Eigenkontrollen,
6. die Wartungs- und Kontrollprotokolle sowie
7. Unterlagen über durchgeführte Mängelbeseitigungen.

Die Unterlagen nach (3) Satz 2 Nr. 1 bis 3 sind während der Nutzungsdauer der Kleinkläranlage dauerhaft, die Unterlagen nach (3) Satz 2 Nr. 4 bis 7 sind jeweils fünf Jahre aufzubewahren. Außerdem sind in dem Betriebsbuch Störungen oder Vorkommnisse zu vermerken, die eine Beeinträchtigung des Betriebs der Kleinkläranlage zur Folge hatten. Das Betriebsbuch ist für die Dauer von mindestens fünf Jahren nach Stilllegung der Kleinkläranlage durch den Betreiber der Kleinkläranlage aufzubewahren und bei Wechsel des Betreibers einer Kleinkläranlage dem neuen Betreiber zu übergeben.

(4) Im Ergebnis der Feststellungen nach § 12 b (2) dieser Satzung ist der Betreiber der Kleinkläranlage verpflichtet, die beanstandeten Mängel innerhalb der gesetzten Frist zu beheben und dies dem Zweckverband anzuzeigen.

§ 12b

Kontrolle des Betriebes und Wartung von Kleinkläranlagen

(1) Bei Kleinkläranlagen, aus denen Abwasser direkt in ein Gewässer eingeleitet wird, obliegt die Kontrolle des Betriebs sowie der Wartung der Anlagen dem Zweckverband im Hinblick auf

1. die Einhaltung wasserrechtlicher Anforderungen,
2. den ordnungsgemäßen bau- und anlagentechnischen Zustand sowie die Funktion der Anlage,
3. die ordnungsgemäße Durchführung der Eigenkontrolle, der Wartung und der Schlammmentleerung,
4. die ordnungsgemäße Führung des Betriebsbuchs und

5. die dauerhafte Funktion des Betriebsstundenzählers (für Anlagen, die den Anforderungen nach Anhang 1 Buchst. C Abs. 1 der Abwasserverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechen müssen).

Die regelmäßige Kontrolle erfolgt grundsätzlich im Abstand von zwei Jahren. Werden bei einer regelmäßigen Kontrolle keine erheblichen Mängel festgestellt, verlängert sich der Abstand zur nächsten regelmäßigen Kontrolle auf drei Jahre.

- (2) Entspricht das Ergebnis der Kontrolle nicht den Anforderungen der ThürKKAVO oder der wasserrechtlichen Erlaubnis oder wurden sonstige erhebliche Mängel festgestellt, so hat der Zweckverband dies zu beanstanden und auf die notwendige Behebung der Mängel unter angemessener Fristsetzung hinzuweisen und diese zu kontrollieren.
- (3) Über das Ergebnis der Kontrolle sowie der Mängelbeseitigung erstellt der Zweckverband ein Protokoll, welches er der zuständigen Unteren Wasserbehörde und dem Betreiber übergibt. Dieses enthält insbesondere einen Vermerk darüber, ob
 1. erhebliche Mängel festgestellt oder auf sonstige Weise Missstände bekannt wurden, die eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung durch die Kleinkläranlage gefährden, und
 2. ein beanstandeter Mangel vollständig oder nicht vollständig behoben wurde.

§ 13

Stillegung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück

Abflusslose Gruben sind auf Kosten des Grundstückseigentümers außer Betrieb zu setzen, sobald ein Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen ist; das gleiche gilt für Grundstückskläranlagen, sobald die Abwässer einer ausreichenden Sammelkläranlage zugeführt werden. Sonstige Grundstücksentwässerungseinrichtungen sind, wenn sie den Bestimmungen der §§ 9 bis 11 nicht entsprechen, in dem Umfang außer Betrieb zu setzen, in dem das Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage anzuschließen ist.

Die Außerbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlage umfasst auch die Letztabfuhr. Die Außerbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlage ist dem Zweckverband anzuzeigen und nachzuweisen.

§ 14

Entsorgung des Fäkalschlammes

- (1) Der Zweckverband oder der von ihm beauftragte Abfuhrunternehmer räumt die Grundstückskläranlage und führt den Fäkalschlamm mindestens einmal pro Jahr ab. Die näheren Bestimmungen dazu ergeben sich aus der dieser Satzung beigefügten Anlage. Fäkalschlamm ist prinzipiell dem Abwasserbeseitigungspflichtigen zu übergeben. Den Vertretern des Zweckverbandes und seinen Beauftragten ist ungehinderter Zutritt zu den Grundstücksentwässerungsanlagen zu gewähren.
Sollte das Grundstück des Berechtigten nicht an einer öffentlich gewidmeten Straße liegen bzw. das Grundstück nicht durch eine öffentlich gewidmete Straße erschlossen sein, ist der Zweckverband oder ein von ihm beauftragter Dritter grundsätzlich berechtigt, eine Andienung des Fäkalschlammes bis zur nächsten öffentlich gewidmeten Straße zu verlangen.
- (2) Der Zweckverband bestimmt den genauen Zeitpunkt, zu dem die Durchführung der Entsorgung beabsichtigt ist. Ein Anspruch des Betreibers besteht insoweit nicht.
- (3) Die in Aussicht genommenen Termine werden mindestens 5 Tage vorher mitgeteilt; sind sie allgemein festgelegt, so genügt die ortsübliche Bekanntmachung des Entsorgungsplanes.

- (4) Der Grundstückseigentümer kann bei Bedarf einen zusätzlichen Entsorgungstermin beantragen; der Zweckverband entscheidet über diesen Antrag unter Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse der öffentlichen Fäkalschlamm Entsorgung.
- (5) Der Inhalt der Grundstückskläranlagen geht mit der Abfuhr in das Eigentum des Zweckverbandes über. Der Zweckverband ist nicht verpflichtet, in diesen Stoffen nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.
- (6) Die entnommene Schlammmenge ist durch den Grundstückseigentümer unverzüglich durch Klarwasser zu ersetzen. Dies gilt nicht bei abflusslosen Sammelgruben. Die näheren Bestimmungen dazu ergeben sich aus der dieser Satzung beigefügten Anlage.

§ 15

Verbot des Einleitens, Einleitungsbedingungen

- (1) In die öffentliche Entwässerungsanlage dürfen Stoffe nicht eingeleitet oder eingebracht werden, die
 - die dort beschäftigten Personen gefährden oder deren Gesundheit beeinträchtigen,
 - die öffentliche Entwässerungsanlage oder die angeschlossenen Grundstücke gefährden oder beschädigen,
 - den Betrieb der Entwässerungsanlage erschweren, behindern oder beeinträchtigen,
 - die landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Verwertung des Klärschlammes erschweren oder verhindern oder
 - sich sonst schädlich auf die Umwelt, insbesondere die Gewässer, auswirken.
- (2) Dieses Verbot gilt insbesondere für:
 1. feuergefährliche Stoffe oder zerknallfähige Stoffe, wie Benzin, Benzol, Öl
 2. infektiöse Stoffe, Medikamente
 3. radioaktive Stoffe
 4. Farbstoffe, soweit sie zu einer deutlichen Verfärbung des Abwassers in der Sammelkläranlage oder des Gewässers führen,
 5. Abwasser oder andere Stoffe, die schädliche Ausdünstungen, Gase oder Dämpfe verbreiten können
 6. Fremdwasser
 7. feste Stoffe auch in zerkleinerter Form, wie Schutt, Asche, Sand, Kies, Faserstoffe, Zement, Kunstharze, Teer, Pappe, Dung, Küchenabfälle, Schlachtabfälle, Treber, Hefe oder flüssige Stoffe, die erhärten
 8. Schlamm aus Abscheidern, Jauche, Gülle, Abwasser aus Dunggruben und Tierhaltungen, Silagegärsaft, Blut aus Schlächtereien, Molke
 9. Absetzgut, Schlämme oder Suspensionen aus Vorbehandlungsanlagen, Räumgut aus Grundstückskläranlagen und Abortgruben - unbeschadet der Regelungen zur Beseitigung des Fäkalschlammes
 10. Stoffe oder Stoffgruppen, die wegen der Besorgung einer Giftigkeit, Langlebigkeit, Anreicherungsfähigkeit oder einer krebserzeugenden, fruchtschädigenden oder erbgutverändernden Wirkung als gefährlich zu bewerten sind, wie Schwermetalle, Cyanide, halogenierte Kohlenwasserstoffe, Polycyclische Aromaten, Phenole, Lösemittel.

Ausgenommen sind

- a) unvermeidbare Spuren solcher Stoffe im Abwasser in der Art und in der Menge, wie sie auch im Abwasser aus Haushaltungen üblicherweise anzutreffen sind;
- b) Stoffe, die nicht vermieden oder in einer Vorbehandlungsanlage zurückgehalten werden können und deren Einleitung der Zweckverband in den Einleitungsbedingungen nach (3) zugelassen hat;
- c) Stoffe, die aufgrund einer Genehmigung nach § 49 (1) des Thüringer Wassergesetzes eingeleitet werden, soweit der Zweckverband keine Einwendung erhebt.

11. Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben von dem zu erwarten ist, dass es auch nach der Behandlung in Kläranlagen, Abscheidern und sonstigen Vorbehandlungen nicht den jeweils gültigen gesetzlichen Mindestanforderungen nach §§ 57 und 58 des Wasserhaushaltsgesetzes und/oder den Anforderungen der Abwasserverordnung entsprechen wird.

a) Für die Einleitung von Abwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen sind folgende Grenzwerte einzuhalten:

aa) An der Einleitungsstelle in die öffentlichen Abwasseranlagen:

- Temperatur bis 35 °C
- pH-Wert von 6,5 bis 9,5
- abfiltrierbare Stoffe 2000 mg/l
- schwerflüchtige lipophile Stoffe 200 mg/l
- Stickstoff, gesamt 200 mg/l
- Sulfat 600 mg/l
- Phosphor, gesamt 50 mg/l
- Sulfid 2 mg/l
- Fluorid 50 mg/l

bb) Am Ablauf von Abwasservorbehandlungsanlagen:

- schwerflüchtige lipophile Stoffe 200 mg/l

b) Für die Einleitung von Abwässern, die mit den nachfolgenden Stoffen belastet sind, gelten, soweit nicht die zuständige Wasserbehörde für den Ort des Abwasseranfalls oder vor der Vermischung mit anderen Abwässern andere Anforderungen festlegt, folgende Grenzwerte für die Einleitung des Abwassers in die öffentlichen Abwasseranlagen:

- Phenolindex 100 mg/l
- Kohlenwasserstoffindex 20 mg/l
- Summe BTEX 5 mg/l davon Benzol 0,5 mg/l
- Chlor gesamt 1,0 mg/l
- Cyanid, leicht freisetzbar 0,2 mg/l
- Arsen 0,5 mg/l
- Blei 1,0 mg/l
- Cadmium 0,1 mg/l
- Chrom gesamt 1,0 mg/l
- Chrom 6-wertig 0,1 mg/l
- Kupfer 1,0 mg/l

- Nickel 1,0 mg/l
 - Quecksilber 0,05 mg/l
 - Zink 5,0 mg/l
 - AOX 1,0 mg/l
 - Summe LHKW 0,5 mg/l
 - davon je Einzelstoff max. 0,2 mg/l
 - CSB 1200 mg/l
- c) Als Analyse-, Mess- und Probenahmeverfahren sind die jeweils gültigen Deutschen Einheitsverfahren (DEV), DIN- oder EN-Vorschriften anzuwenden, soweit nicht im Einzelfall abweichende Verfahren zugelassen sind.
- d) Der Zweckverband kann unter den Voraussetzungen des § 15 Abs. 6 Ausnahmen von den Festlegungen in Ziffer 11, Unterpunkte 1 und 2, erteilen.
- e) Biologisch schwer- oder nicht abbaubare Stoffe sowie Stoffe, die die Nitrifikation in der Kläranlage hemmen, dürfen nur nach schriftlicher Zustimmung durch den Zweckverband für eine befristete Übergangszeit eingeleitet werden. Als biologisch schwer bzw. nicht abbaubar gelten Stoffe, deren CSB-Konzentration sich durch ein Abbauverfahren von 24 Stunden Dauer unter Einsatz von Belebtschlammanteilen der jeweiligen öffentlichen Abwasserreinigungsanlage nicht um mindestens 75 Prozent reduziert hat.
- f) Der Zweckverband behält sich vor, in einer Genehmigung nach § 10 bei Bedarf für weitere Abwasserinhaltsstoffe Grenzwerte für die Einleitung in die öffentlichen Abwasseranlagen festzulegen. Ebenfalls können im Einzelfall die Konzentrationen und Frachten einzelner Inhaltsstoffe weiter herabgesetzt bzw. auch höhere Werte zugelassen werden, falls die Verdünnungs- und sonstigen örtlichen Verhältnisse bzw. die Materialart der öffentlichen Abwasseranlagen dies erforderlich machen bzw. gestatten.
- g) Treten durch Überschreitung der Grenzwerte Schäden an den öffentlichen Anlagen bzw. Störungen im Betrieb derselben auf, so haftet der betreffende Einleiter für den entstandenen Schaden.
- h) Der Zweckverband kann im Einzelfall die Einleitung von Abwasser von einer Vorbehandlung oder Drosselung abhängig machen, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange erfordert. Befinden sich die Anlagen zur Vorbehandlung oder Drosselung auf einem anderen Grundstück, ist für den dauerhaften Betrieb der Anlagen eine dingliche Sicherung nachzuweisen.

12. das Einleiten von gentechnisch manipulierten Stoffen.

- (3) Die Einleitungsbedingungen nach (2) Nr. 10 Buchst. b werden gegenüber den einzelnen Anschlusspflichtigen oder im Rahmen der Sondervereinbarung festgelegt.
- (4) Über (3) hinaus kann der Zweckverband in den Einleitungsbedingungen auch die Einleitung von Abwasser besonderer Art und Menge ausschließen oder von besonderen Voraussetzungen abhängig machen, soweit die zum Schutz des Betriebspersonals, der Entwässerungsanlage oder zur Erfüllung der für den Betrieb der öffentlichen Entwässerungsanlage geltenden Vorschriften, insbesondere der Bedingungen und Auflagen des dem Zweckverband erteilten wasserrechtlichen Bescheids erforderlich sind.
- (5) Der Zweckverband kann die Einleitungsbedingungen nach (3) und (4) neu festlegen, wenn die Einleitung von Abwasser in die öffentliche Entwässerungsanlage nicht nur vorübergehend nach Art oder Menge wesentlich geändert wird oder wenn sich die für den Betrieb der öffentlichen Entwässerungsanlage geltenden Gesetze oder Bescheide ändern. Der Zweckverband kann Fristen festlegen, innerhalb derer die zur Erfüllung der geänderten Anforderungen notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden müssen.
- (6) Der Zweckverband kann, erforderlichenfalls nach Anhörung der für den Gewässerschutz zuständigen Sachverständigen, die Einleitung von Stoffen im Sinne der (1) und (2) zulassen, wenn der Verpflichtete Vorkehrungen trifft, durch die die Stoffe ihre gefährdende oder schädigende oder den Betrieb der öffentlichen Entwässerungsanlage erschwerende Wirkung verlieren. In diesem Fall hat er dem Zweckverband eine Beschreibung nebst Plänen in doppelter Ausfertigung vorzulegen.
- (7) Besondere Vereinbarungen zwischen dem Zweckverband und einem Verpflichteten, die das Einleiten von Stoffen im Sinne des (1) durch entsprechende Vorkehrungen an der öffentlichen Entwässerungsanlage ermöglichen, bleiben vorbehalten.
- (8) Wenn Stoffe im Sinne des (1) in eine Grundstücksentwässerungsanlage oder in die öffentliche Entwässerungsanlage gelangen, ist der Zweckverband sofort zu verständigen.
- (9) In den im Unterdruckentwässerungssystem zu entwässernden Gebieten darf Regen- und Fremdwasser (Dränagewasser) nur in den Regenwasserkanal und Schmutzwasser nur in den Schmutzwasserkanal bzw. in genannte Anlagen eingeleitet werden. Eine Einleitung von Fremdwasser, insbesondere Dränagewasser, bzw. die Anbindung dieser Leitungen an das Mischwassersystem bzw. an Mischwasserkanäle sind untersagt.
- (10) Für das Verfahren nach § 15 Abs. 6 gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) über die Genehmigungsfiktion (§ 42a ThürVwVfG) und zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71a bis 71e ThürVwVfG).

§ 16 Abscheider

- (1) Sofern mit dem Abwasser Leichtflüssigkeiten, (z. B. Benzin, Benzol, Öle) oder Fette, mit abgeschwemmt werden können, sind in die Grundstücksentwässerungsanlage, gemäß den DIN-Vorschriften ausreichend bemessene Abscheider einzuschalten und insoweit ausschließlich zu benutzen.
- (2) Die Abscheider müssen in regelmäßigen Zeitabständen (Fettabscheider mindestens einmal monatlich; Leichtflüssigkeitsabscheider mindestens alle fünf Jahre, sofern die

Anforderungen aus dem Thüringer Abscheidererlass eingehalten werden) und bei Bedarf entleert werden. Der Zweckverband kann den Nachweis der ordnungsgemäßen Entleerung verlangen. Das Abscheidegut ist durch die Grundstückseigentümer oder übrigen Verfügungsberechtigten des Grundstückes schadlos zu entsorgen.

§ 17

Untersuchung des Abwassers

- (1) Der Zweckverband kann über die Art und Menge des eingeleiteten oder einzuleitenden Abwassers Aufschluss verlangen. Bevor erstmals Abwasser eingeleitet wird oder wenn Art oder Menge des eingeleiteten Abwassers geändert werden, ist dem Zweckverband auf Verlangen nachzuweisen, dass das Abwasser keine Stoffe enthält, die unter das Verbot des § 15 fallen.
- (2) Der Zweckverband kann eingeleitetes Abwasser jederzeit, auch periodisch, auf Kosten des Grundstückseigentümers untersuchen lassen. Der Zweckverband kann verlangen, dass die nach § 12 (3) eingebauten Überwachungseinrichtungen ordnungsgemäß betrieben und die Messergebnisse vorgelegt werden. Grundlage hierfür sind die Bestimmungen der Thüringer Abwassereigenkontrollverordnung.
- (3) Die Beauftragten des Zweckverbandes und die Bediensteten der für die Gewässeraufsicht zuständigen Behörden können die anzuschließenden oder die angeschlossenen Grundstücke betreten, wenn dies zur Durchführung der in den (1) und (2) vorgesehenen Maßnahmen erforderlich ist.

§ 18

Haftung

- (1) Der Zweckverband haftet unbeschadet des (2) nicht für Schäden, die auf solchen Betriebsstörungen beruhen, die sich auch bei ordnungsgemäßer Planung, Ausführung und Unterhaltung der Entwässerungseinrichtung nicht vermeiden lassen. Satz 1 gilt insbesondere auch für Schäden, die durch Rückstau hervorgerufen werden.
- (2) Der Zweckverband haftet für Schäden, die sich aus dem Benutzen der öffentlichen Entwässerungsanlage ergeben, nur dann, wenn einer Person, derer sich der Zweckverband zur Erfüllung seiner Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.
- (3) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haben für die ordnungsgemäße Benutzung der öffentlichen Entwässerungsanlage, einschließlich der Grundstücksanschlüsse, zu sorgen.
- (4) Wer den Vorschriften dieser Satzung oder einer Sondervereinbarung zuwiderhandelt, haftet dem Zweckverband für alle ihm dadurch entstehenden Schäden und Nachteile. Dasselbe gilt für Schäden und Nachteile, die durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage oder des Grundstücksanschlusses verursacht werden, soweit dieser nach § 8 vom Grundstückseigentümer herzustellen, zu erneuern, zu ändern und zu unterhalten ist. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 19 Grundstücksbenutzung

- (1) Der Grundstückseigentümer hat das Anbringen und die Verlegung von Leitungen, einschließlich Zubehör, zur Ableitung von Abwasser über sein im Entsorgungsgebiet liegendes Grundstück sowie sonstige Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen, wenn und soweit diese Maßnahmen für die örtliche Abwasserbeseitigung erforderlich sind. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen oder anzuschließen sind, die vom Eigentümer im wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem angeschlossenen oder zum Anschluss vorgesehenen Grundstück genutzt werden oder für die die Möglichkeit der örtlichen Abwasserbeseitigung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Die Verpflichtung entfällt, soweit die Inanspruchnahme der Grundstücke den Eigentümer in unzumutbarer Weise belasten würde.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme seines Grundstücks zu benachrichtigen.
- (3) Der Grundstückseigentümer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat der Zweckverband zu tragen, soweit die Einrichtung nicht ausschließlich der Entsorgung des Grundstücks dient.
- (4) Die (1) bis (3) gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.
- (5) Zur Sicherstellung der Betreibung der öffentlichen Abwasseranlagen ist dem Zweckverband ein ungehinderter Zugang zu den Entwässerungsanlagen auf den Grundstücken zu gewähren.

§ 20 Ordnungswidrigkeiten

Nach §§ 19, 20 (2) ThürKO in Verbindung mit §§ 16 (1) und 23 (1) S. 1 ThürKGG kann nach dieser Bestimmung mit Geldbuße bis zu 5.000 Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Vorschriften über den Anschluss- und Benutzungszwang (§ 5) zuwiderhandelt,
2. eine der in § 10 (1), § 11 (1), § 12 (4) und (5), § 16 (2) und § 17 (1) festgelegten Melde-, Auskunfts- oder Vorlagefristen verletzt ,
3. entgegen § 10 (3) vor Zustimmung des Zweckverbandes mit Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage beginnt,
4. entgegen den Vorschriften des § 15 Abwasser in die öffentliche Entwässerungsanlage einleitet,
5. die Vorschriften des § 1 (4) verletzt,
6. entgegen § 9 (8) die Anpassung nicht oder nicht umfassend in der vorgeschriebenen Frist vornimmt.

§ 21

Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel

- (1) Der Zweckverband kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 21 a

Verwaltungskosten

Für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen und sonstige Leistungen, die im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit in Angelegenheiten der Abwasserbeseitigung des Zweckverbandes nach dieser Satzung erbracht werden, erhebt der Zweckverband auf der Grundlage der Verwaltungskostensatzung in Verbindung mit dem jeweils gültigen Kostenverzeichnis Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen).

§ 22

Inkrafttreten

lfd. Nr.	Bezeichnung	geänderte Vorschrift	Veröffentlichung	Fundstelle	Inkrafttreten
1	EWS	Neufassung	27.01.2011	Amtsblatt des Landkreises Gotha Nr. 01/2011	28.01.2011
2	1. Änderungssat- zung zur EWS	§ 14 (1) neu ergänzt	29.09.2016	Amtsblatt des Landkreises Gotha Nr. 15/2016	30.09.2016
3	2. Änderungssat- zung zur EWS	§ 15 (2) Pkt. 10 Satz c) Geändert § 15 (2) Pkt. 11 neu gefasst	27.08.2020	Amtsblatt des Landkreises Gotha Nr. 13/2020	28.08.2020